

Der Deutsche Bauernverband gilt als erzkonservativ, stur interessenorientiert und europaskeptisch – als altmodische Lobby mit Stallgeruch. Die Wirklichkeit sieht anders aus, wie der in Florenz lehrende Historiker Kiran Klaus Patel in einem zupackenden Essay zu zeigen vermag. Der DBV entpuppte sich – trotz mancher derber Anleihen beim rechten Lager – rasch als Stütze der Bonner Demokratie, und er verstand es früher und besser als andere Interessenverbände, die Chancen zu nutzen, die Brüssel und der gemeinsame Agrarmarkt boten.

Kiran Klaus Patel

Der Deutsche Bauernverband 1945 bis 1990

Vom Gestus des Unbedingten zur Rettung durch Europa

Der Deutsche Bauernverband (DBV) war eine der wichtigsten Interessenvertretungen in der „alten“ Bundesrepublik. Auch in jüngster Zeit haben ihn die Konkurrenz mit dem Bundesverband Deutscher Milchviehhalter sowie globalisierungsbedingte Agrarpreisschwankungen immer wieder in die Schlagzeilen gebracht. Unter Historikern gibt es allerdings bislang keinen Konsens über seine Rolle. Viele Gesamtdarstellungen zur westdeutschen Geschichte nach 1945 übergehen ihn einfach oder streifen ihn lediglich in einem summarischen Abgesang auf die ländliche Welt¹. Ein Teil der Literatur argumentiert demgegenüber, der Verband habe zwar geholfen, die Demokratie zu stabilisieren, agrarpolitische Interessen habe er aber nur begrenzt durchsetzen können. Christoph Kleßmann etwa warnt davor, die „tatsächlichen und dauerhaften Erfolge der Agrarlobby“ zu überschätzen². Dagegen konnte der Verband laut Gesine Gerhard agrarpolitisch großen Einfluss nehmen. Die Demokratie habe er jedoch nicht bejaht, zumindest in den 1950er Jahren habe er sich zur „Untermauerung seiner Ziele [...] traditioneller und rechtsradikaler Bauerntumsideologien“ bedient³.

Der vorliegende Beitrag bewertet – unter Einbeziehung bislang ungenutzter Archivquellen – die Geschichte des Verbandes neu und ordnet sie zugleich in die längere Geschichte agrarischer Interessenvertretung sowie in den europäischen Kontext ein. Dabei wird die These vertreten, dass der DBV eine paradoxe Rolle

¹ Vgl. z. B. Eckart Conze, Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009; Edgar Wolfrum, Die Bundesrepublik Deutschland (Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 23), Stuttgart 2005; Peter Graf Kielmansegg, Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000.

² Christoph Kleßmann, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn 1997, S. 134.

³ Gesine Gerhard, Zwischen Systemkonformität und -opposition. Der Deutsche Bauernverband und die politische Eingliederung der Bauernschaft in die Bundesrepublik in den fünfziger Jahren, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 13 (2002), S. 129–138, hier S. 130.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

spielte, und zwar in dreierlei Hinsicht: Erstens erwies er sich interessenspolitisch bis in die frühen 1960er Jahre hinein als erstaunlich erfolgreich, und auch danach konnte er viele Kerninteressen durchsetzen. Dem Gros seiner Klientel schadete dieser Erfolg indes oft mehr, als dass er nutzte. Zweitens: Obwohl und weil Teile des Bauernverbandes gerade in den Anfangsjahrzehnten der Bundesrepublik mit rechtslastigem Gedankengut liebäugelten, hatte der DBV wesentlichen Anteil an der Stabilisierung der politischen Ordnung der Bundesrepublik. Und drittens schließlich: Obwohl der Verband der europäischen Integration zunächst mit zäher Skepsis begegnete, half ihm später ausgerechnet die EWG dabei, seinen Einfluss zu sichern.

Gestus des Unbedingten und Demokratiebejahung, 1945–1964

Seine späteren Erfolge waren dem DBV keineswegs in die Wiege gelegt worden. Die erste, im September 1945 gegründete Agrarvertretung auf überregionaler Ebene wurde vom Alliierten Kontrollrat sofort wieder aufgehoben. Als in der Folgezeit auf regionaler Ebene Agrarverbände organisiert wurden, ging es teilweise sehr behelfsmäßig zu. In Niedersachsen zum Beispiel musste man sich zunächst mit „einem einzigen geliehenen Raum“ behelfen; als „Besprechungssaal“ diente eine „Bank unter der Blutbuche“. Erst 1948 ging aus diesen schwierigen Ansätzen der Deutsche Bauernverband e.V. hervor – die erste Einheitsorganisation auf freiwilliger Basis in der Geschichte agrarischer Interessenvertretung in Deutschland. Anders als bis 1933 gab es nun kein Nebeneinander verschiedener Verbände mit divergierenden politischen, konfessionellen, regionalen und sozioökonomischen Positionen mehr. Auch in europäisch-vergleichender Perspektive ist das durchaus bemerkenswert, da es etwa in Italien, Belgien und Frankreich nach 1945 bei einer Pluralität von Organisationen blieb⁴.

Die Sonderstellung des DBV hatte im Wesentlichen vier Gründe: Erstens zogen viele Agrarfunktionäre Lehren aus ihren Erfahrungen mit dem Reichsnährstand (RNS), in dem das NS-Regime alle landwirtschaftlichen Organisationen zwangsweise vereinigt hatte. Diese Geschlossenheit wollten sie nach 1945 um beinahe jeden Preis erhalten. Selbst einflussreiche Regimegegner wie der erste Weimarer Reichslandwirtschaftsminister, der rheinländische Katholik Andreas Hermes, vertraten diese Position. Viele hätten es sogar am liebsten gesehen, wenn – wie im „Dritten Reich“ – neben der politischen Interessenvertretung auch die Land-

⁴ Diese Formulierungen im Rückblick in: Niedersächsisches Landesarchiv, Hannover (künftig: NLA), VVP 38/323, Sonnemann an Rehwinkel, 5.9.1960; vgl. auch DBV (Hrsg.), Der Deutsche Bauernverband: Seine Mitglieder und andere landwirtschaftliche Organisationen, Bonn 1987; Edmund Rehwinkel, Gegen den Strom. Erinnerungen eines niedersächsischen, deutschen und europäischen Bauernführers, Dorheim o.J. [ca. 1973], S. 34–38; zur europäischen Perspektive vgl. z. B. Barbara Burkhardt-Reich/Wolfgang Schumann, Agrarverbände in der EG. Das agrarpolitische Entscheidungsgefüge in Brüssel und den EG-Mitgliedsstaaten unter besonderer Berücksichtigung des Euro-Verbandes COPA und seiner nationalen Mitgliedsverbände, Kehl 1983. Allerdings gab es auch weitere Länder mit einheitlicher Interessenvertretung, etwa Dänemark und Großbritannien.

wirtschaftskammern und die Agrargenossenschaften unter einem Dach geblieben wären. Solche Pläne unterbanden jedoch die alliierten Kontrollbehörden, die aber zugleich an wesentlichen Elementen des agrarpolitischen Apparats aus der Weimarer und der NS-Zeit festhielten, entschlackt um alle rassenideologischen Komponenten, weil sie hofften, so der Hungerkrise der frühen Nachkriegsjahre Herr zu werden. Wenn der DBV deshalb nicht von oben aufgebaut wurde, sondern durch Zusammenschluss mehrerer Regional- und Fachverbände entstand, wurde der Weg zur Alleinvertretung auch durch die Kontinuität auf staatlicher Seite als zentralem Kontext aller interessenspolitischen Aktivitäten befördert⁵.

Zweitens begünstigten veränderte sozioökonomische Strukturen die Entstehung einer einzigen Interessenvertretung. Durch den Verlust der Ostgebiete und durch die deutsche Teilung wurde die Landwirtschaft sozial homogener. Mit „Ostelbien“ fiel vor allem die Mehrheit des Großgrundbesitzes weg, der bislang besonders effektiv Partikularforderungen hatte durchsetzen können. Die Landwirtschaft auf dem Gebiet der Bundesrepublik lässt sich bezüglich Betriebsgröße, -struktur oder Produktionsschwerpunkten zwar nicht auf einen einfachen Nenner bringen. Fest steht aber, dass das bäuerliche Moment markant gestärkt wurde: Weite Teile Westdeutschlands wiesen eine klein- bis mittelbäuerliche Prägung auf; etwa ein Drittel aller Betriebe besaß nur zwei Hektar Land oder weniger. Bäuerlicher wurde die deutsche Landwirtschaft aber auch, weil diese kleinen und mittleren Betriebe im Vergleich zur Zwischenkriegszeit immer weniger familienfremde Arbeitskräfte beschäftigten. Durch weitere Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen im primären Sektor und, wichtiger noch, die zunehmende Aufnahmefähigkeit der Industrie, in der es zahlreiche attraktive Stellen gab, setzte sich die relative Homogenisierung der Landwirtschaft über die unmittelbare Nachkriegszeit hinaus fort⁶.

Wichtig für den Erfolg des DBV waren drittens einige herausragende Persönlichkeiten, nicht zuletzt der bereits erwähnte Hermes. Der „Herr Reichsminister“

⁵ Vgl. zu Hermes Günter Buchstab (Hrsg.), Politische Mitte und nationale Einheit: Andreas Hermes 1878–1964, Sankt Augustin 1994; Heide Barmeyer, Andreas Hermes und die Organisationen der deutschen Landwirtschaft. Christliche Bauernvereine, Reichslandbund, Grüne Front, Reichsnährstand 1928–1933, Stuttgart 1971; ferner NLA, VVP 38/173, Redemanuskript Rehwinkel, undat. [17. 2. 1947]; zu den Kontinuitäten inklusive weiterer Differenzierungen John E. Farquharson, The Western Allies and the Politics of Food: Agrarian Management in Postwar Germany, Leamington Spa 1985. Vgl. auch den überdurchschnittlich hohen Anteil ehemaliger „Parteigenossen“ im Bundeslandwirtschaftsministerium: 41,9% aller Beamten (1952). Bundesarchiv (künftig: BA) Koblenz, B 106/7696, Bundesinnenministerium, Aufstellung Anteile in der Bundesverwaltung, 1. 4. 1952–30. 9. 1952.

⁶ Vgl. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1975, S. 48; Grüner Bericht: Berichte der Bundesregierung über die Lage der Landwirtschaft und Maßnahmen, Bundesdrucksache, Bericht 1975, Bonn 1975, S. 13; zum Kontext auch Ulrich Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, 2 Bde., Hamburg 1989, hier Bd. 1, S. 41–43; Andreas Eichmüller, „I hab’ nie viel verdient, weil i immer g’schaut hab’, daß das Anwesen mitgeht.“ Arbeiterbauern in Bayern nach 1945, in: Thomas Schlemmer/Hans Woller (Hrsg.), Bayern im Bund, Bd. 2: Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973, München 2002, S. 179–268.

– so die in den Nachkriegsjahren übliche Anrede – konnte sein in Jahrzehnten aufgebautes Renommee politisch nutzen und wurde 1948 zum ersten Präsidenten des DBV gewählt. Die Tatsache, dass er während der NS-Zeit dem Widerstand angehört hatte, machte ihn auch den Siegermächten vermittelbar. Insgesamt wurde Hermes für die Agrarpolitik zu dem, was Adenauer für die Politik als Ganzes war – zu einer Integrationsfigur, die agrarsoziale ebenso wie konfessionelle Gegensätze ausgleichen und zentrifugale Kräfte bändigen konnte⁷.

Viertens schließlich bot der DBV seiner Basis eine überzeugende Ideologie und engagierte sich direkt in der Lebenswelt der Landwirte. Er setzte konsequent auf staatliche Intervention – eine emotional aufgeladene Forderung, die seit der agrarprotektionistischen Wende der 1870er Jahre tief im landwirtschaftspolitischen Gefühlshaushalt verankert war. Zugleich wurde der „bäuerliche Familienbetrieb“ ins Zentrum der Argumentation gerückt – als einem Hort christlich-konservativer Werte, die mit moderatem Antimodernismus und schon weniger gezügeltem Antikommunismus unterlegt waren. Bei dieser ideologischen Grundausstattung gab es Brücken zur Reichsnährstand-Ideologie der 1930er Jahre. Dem DBV gelang es jedoch, sein Verständnis von Bauerntum an die politischen Rahmenbedingungen der Bundesrepublik anzupassen und zugleich so vage zu halten, dass diese Ausprägung agrarromantischen Denkens zum zeitgemäßen Integrationsbegriff werden konnte. Wie der Verweis auf die längere Vorgeschichte zeigt und sich am Beispiel anderer Länder verdeutlichen ließe, war dies keine spezifisch deutsche Entwicklung. Bemerkenswert ist jedoch, dass der DBV die Konfliktlinien und Verwerfungen der NS-Zeit zu überwölben vermochte⁸. Darüber hinaus bot der Verband seinen Mitgliedern Dienstleistungen unterschiedlichster Art – von der Rechtsberatung über Fragen der Buchführung bis hin zu Dorffesten. Für die Bauern war der DBV mehr als eine Interessenvertretung. Er schuf ein Sinnangebot, das perfekt auf ihre Lebenswelt abgestimmt war⁹.

Wie erfolgreich der Kurs der Einheit war, verdeutlichen die Mitgliederzahlen des DBV: Der berühmt-berüchtigte Bund der Landwirte hatte 1913 rund 330.000 Mitglieder gezählt – zu einer Zeit, als die agrarische Bevölkerung rund 17 Millionen Personen umfasste. In den späten 1950er Jahren gab es zwar nur noch fünf Millionen Landwirte, aber zumindest unter den Vollzeitbeschäftigten hatte der Deutsche Bauernverband ca. 90 Prozent organisiert. Der DBV mobilisierte so rund 5,5 Prozent der Wählerstimmen – zumindest, wenn man seinen eigenen Angaben folgt¹⁰. Allerdings verfügte der Verband selbst über keine auch nur annähernd genauen Mitgliederzahlen, geschweige denn über Zahlen vom Kreis de-

⁷ Vgl. Buchstab, Mitte.

⁸ Vgl. Lorraine Bluche/Kiran Klaus Patel, Der Europäer als Bauer. Das Motiv des bäuerlichen Familienbetriebs in Westeuropa nach 1945, in: Dies./Veronika Lipphardt (Hrsg.), Der Europäer – ein Konstrukt. Wissensbestände, Diskurse, Praktiken, Göttingen 2009, S. 135–157.

⁹ Vgl. Rainer Sontowski, Der Bauernverband in der Krise. Ein Beitrag zur politikwissenschaftlichen Neubestimmung gruppenkollektiven Verhaltens, Frankfurt a. M. 1990, S. 88–91.

¹⁰ Diese Sichtweise wird z. B. vertreten in: „Wir sind tatsächlich eine Macht“, in: Spiegel vom 23. 12. 1964; Erich Andriak, The Farmers and the State. Agricultural Interests in West German Politics, in: West European Politics 4 (1981), S. 104–119; Hans-Peter Ullmann, Interessenver-

rer, der seinen politischen Orientierungen folgte. Wichtig für seinen Einfluss auf die Agrarpolitik aber war, dass Politik, Öffentlichkeit und Wissenschaft an seine mächtige Stellung glaubten¹¹.

Neben Alleinvertretungsanspruch und Mitgliederstärke erklären zwei weitere Punkte die Durchsetzungskraft des Verbandes: zum einen die Tatsache, dass der DBV lediglich den wichtigsten Verdichtungspunkt eines breiteren, größtenteils informellen agrarpolitischen Netzwerkes darstellte, das über die Landwirtschaft, die einschlägigen Forschungsinstitute und Medienorgane hinausging und in die Unionsparteien, in Landesparlamente, den Bundestag sowie in die einschlägigen Ministerien hineinreichte. Hermes war nicht nur der erste Präsident des DBV, sondern auch der Gründungsvorsitzende der CDU in der Sowjetischen Besatzungszone. Von den 509 Abgeordneten des 1953 gewählten Bundestags hatten 62 einen landwirtschaftlichen Hintergrund – und 45 davon saßen in der Unionsfraktion. Von diesen wiederum waren mehrere zugleich Präsidenten von Landesverbänden des DBV. Gemessen an ihrem ökonomischen Gewicht war die Landwirtschaft überrepräsentiert. Offiziell war der Verband parteipolitisch neutral. Tatsächlich band er sich jedoch eng an die Union, in der er sich sogar gegen Adenauer durchsetzen konnte: Der erste Bundeslandwirtschaftsminister Wilhelm Niklas etwa war der Wunschkandidat des DBV; der Kanzler hätte den Posten lieber an Hans Schlange-Schöningen gegeben, der im Gegensatz zum proagrarischen Niklas für einen konsumentenorientierten Kurs stand. Zu Niklas' Staatssekretär wurde mit Theodor Sonnemann der Hauptgeschäftsführer eines Landesverbandes des DBV ernannt. Dafür hatte sich Hermes bei Niklas eingesetzt. Da Niklas als Minister häufig krankheitsbedingt ausfiel, führte Sonnemann de facto das Ministerium. Diese Beispiele verdeutlichen, dass das erwähnte Netzwerk die Schlüsselpositionen der Agrarpolitik besetzte¹². Völlig zu Recht bezeichnete ein Beamter der US-Militärverwaltung in Deutschland das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) 1950 als „little more than a sideshow for the Bauernverband“¹³.

Hinzu kam zum anderen der autoritär-charismatische Führungsstil des DBV, den besonders Edmund Rehwinkel perfektionierte. Vom „Niedersächsischen Landvolk“ kommend, übernahm er 1959 die alleinige Leitung des Verbandes, den seit Hermes' Weggang 1955 ein Triumvirat geführt hatte¹⁴. Mitte der 1960er

bände in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988, S. 249; Ann-Christina L. Knudsen, *Farmers on Welfare. The Making of Europe's Common Agricultural Policy*, Ithaca 2009, S. 66.

¹¹ NLA, VVP 38/42, DBV, Vermerk, 1. 10. 1965.

¹² Archiv für Christlich-Demokratische Politik, St. Augustin (künftig: ACDP), 01-90/30/1, v. a. Manteuffel, DBV, an Hermes, 5. 10. 1949; vgl. ferner Karl Dietrich Bracher/Rudolf Morsey/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949*, Düsseldorf 1985, v. a. S. 16, S. 31, S. 79f. u. S. 454; BA Koblenz, B 116/36378, Hermes an Niklas, 7. 11. 1949; Theodor Sonnemann, *Jahrgang 1900*. Auf und ab im Strom der Zeit, Würzburg 1980, S. 358f.

¹³ Zit. nach Alan S. Milward, *The European Rescue of the Nation-State*, London 2000, S. 239.

¹⁴ ACDP, 01-128/14/1, Anlage zur Niederschrift über die 96. Sitzung des Gesamtpräsidiums, 14. 10. 1958; vgl. auch Rolf G. Heinze, *Verbandspolitik zwischen Partikularinteressen und Gemeinwohl: Der Deutsche Bauernverband, Gütersloh 1992*, S. 54–61.

Jahre dürfte Rehwinkel der bekannteste Verbandsvertreter der Republik gewesen sein – laut Meinungsumfragen wussten mehr Deutsche mit seinem Namen etwas anzufangen als mit dem des mächtigen Vorsitzenden der IG Metall¹⁵. Seine schroffe und polemische Art, sein wuchtiges Äußeres und seine folkloristisch angehauchte Kleidung machten Rehwinkel zur perfekten Verkörperung eines agrarischen Interessenvertreters in postfeudalen Zeiten. Sein Auftreten war dabei sorgfältig orchestriert; der DBV schnitt alle Aktivitäten auf ihn zu und setzte ihn als unbeugsamen Kämpfer für die Interessen der Bauern in Szene. Rehwinkel forderte und verlangte; Rehwinkel kam, sprach und siegte. Ein wichtiges Mittel der Einflussnahme stellten die offenen Briefe des Präsidenten an führende Politiker dar. Noch bedeutsamer waren jedoch die „Immediatvorträge“ beim Bundeskanzler. Neben den Vertretern der Kirchen, der Arbeitgeber, Gewerkschaften und Vertriebenen wurden nur die Bauernvertreter von Adenauer und mit Einschränkungen auch von seinen Nachfolgern zu regelmäßigen, halboffiziellen Treffen eingeladen. Die Verbandsspitze verfügte so über einen direkten „Zugang zum Machthaber“ (Carl Schmitt). Rehwinkels führende Rolle und seine stilbildende Wirkung in dem gesellschaftlichen Umfeld, das er repräsentierte, verdeutlicht nichts besser als sein Nachlass, in dem sich zahlreiche verehrungsvolle und devote Zuschriften von Landwirten aus der ganzen Republik finden. Der Versuch der Charismatisierung erwies sich hier als sehr erfolgreich, und er trug wesentlich zur Binnenintegration und zur Mobilisierung der Basis bei¹⁶.

Das agrarpolitische Netzwerk bediente sich auch anderer Strategien der Einflussnahme, die dem Arsenal des Lobbyismus entstammen. So wurden etwa hoch dotierte Posten an politische Entscheidungsträger vergeben; Staatssekretär Sonnemann zum Beispiel wechselte direkt vom Landwirtschaftsministerium in das Präsidentenamt des Raiffeisenverbandes¹⁷. Auch mit Parteispenden griff der Bauernverband in die Politik ein. In einem Schreiben Rehwinkels an den Staatssekretär im Bundeskanzleramt Hans Globke etwa band der DBV die finanzielle Wahlkampfhilfe für die CDU-geführte Bundesregierung unverblümt an politische Forderungen:

„Aber, lieber Herr Globke, glauben Sie mir bitte, die Wahlschlacht – für die übrigen die Landwirtschaft rund DM. 300.000,- aufbringen wird – kann nur gewonnen werden, wenn jetzt mit aller Beschleunigung deutlich erkennbar wird, daß Bonn uns in der Landwirtschaft wirksam helfen wird.“¹⁸

Auch direkter Einfluss auf die Aufstellung von Kandidaten für politische Ämter im Gegenzug für finanzielle Unterstützung durch den Verband lässt sich nachweisen. Zum Beispiel war Rehwinkel, obwohl offiziell parteilos, 1965 daran beteiligt, die niedersächsische Landesliste der Union für die Bundestagswahl aufzustellen –

¹⁵ Vgl. Elisabeth Noelle/Erich Peter Neumann (Hrsg.), Jahrbuch der öffentlichen Meinung, 1965–1967, Allensbach 1967, S. 252.

¹⁶ NLA, VVP 38, z. B. Akte 46; vgl. etwa die Apotheose bei Antonius John, Bauernköpfe 1946–1976, Bonn 1986, S. 129–133.

¹⁷ BA Koblenz, B 136/8640, Barth, Bundeskanzleramt, an Adenauer, 1. 12. 1961.

¹⁸ Ebenda, B 136/708, Rehwinkel an Globke, 7. 3. 1955; ähnlich NLA, VVP 38/316, Rehwinkel an Lübke, 7. 5. 1955.

und manche der von ihm Unterstützten vergaßen nach der Wahl nicht, sich artig bei ihm zu bedanken¹⁹.

Das Bundeslandwirtschaftsgesetz von 1955 belegt besonders deutlich, wie groß die Schlagkraft des agrarpolitischen Netzwerks um den DBV war. Alle Maßnahmen hatten bis dahin im Wesentlichen darauf gezielt, das Set interventionistischer und protektionistischer Instrumente im Bereich von Agrarerzeugung und -handel für die Bundesrepublik neu zu fundieren, das sich seit der Weltwirtschaftskrise herausgebildet und über das „Dritte Reich“ bis zur Besatzungszeit bestanden hatte. Dieser Kurs war politisch recht unstrittig. 1955 ging es aber um mehr – um die Einkommensparität zwischen den Beschäftigten des ökonomisch tendenziell zurückbleibenden Agrarsektors und denjenigen in der boomenden Industrie. Denn trotz allen Protektionismus machten sich die Strukturprobleme der Landwirtschaft bemerkbar. Manchen Berechnungen zufolge hatten die Landwirte das niedrigste Einkommen unter allen Beschäftigtengruppen. Angesichts der schwierigen Lage wartete der DBV schließlich sogar mit einem eigenen Gesetzesentwurf auf. Wie sehr sich die Regierung in der Defensive sah, wird daran deutlich, dass Adenauer in einer Kabinettsitzung „dringend“ dazu riet, „den Forderungen der ‚grünen Front‘ entgegenzukommen, ehe man vom Bundestag zu weitaus größeren Zugeständnissen gezwungen würde“. Allerdings wird die Macht des Bauernverbandes in der Forschung oft auch überbewertet – etwa wenn mit Blick auf das Landwirtschaftsgesetz gesagt wird, es habe sich im Wesentlichen an der Vorlage des Verbandes orientiert. Im zentralen Punkt der Einkommensparität konnte sich der DBV nämlich nicht durchsetzen²⁰. Das ist im internationalen Vergleich durchaus bemerkenswert – denn die deutsche Variante des Protektionismus bewegte sich im europäischen Mittelfeld, während gleichzeitig etwa Norwegen, Schweden, die Schweiz oder die Niederlande ihren Landwirten zumindest auf dem Papier weitergehende Zusagen machten²¹.

Insofern sollte man den Einfluss des agrarpolitischen Netzwerks mit dem DBV an der Spitze nicht überschätzen. Im internationalen Vergleich war nicht auffällig, wie stark die staatliche Agrarpolitik von den Vertretern des Sektors selbst geprägt wurde, sondern lediglich, wie homogen in Deutschland die vom Verband vorgetragenen Interessen waren und dass es kaum Gegenpositionen dazu gab. Vor diesem Hintergrund stand ab 1955 ein ausgefeiltes protektionistisches System zur Verfügung, das Preis- und Abnahmegarantien für wichtige Produkte mit einem

¹⁹ NLA, VVP 38/411, Siemer an Rehwinkel, 18. 5. 1965, und Conring an Rehwinkel, 26. 9. 1961; Beispiele aus späteren Jahren in: NLA, VVP 38/388.

²⁰ Friedrich P. Kahlenberg (Hrsg.), Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 8 (1955), München 1997, S. 359; NLA, VVP 38/742, v. a. Rehwinkel an Bauknecht, 13. 6. 1955; vgl. auch Curt Puvogel, Der Weg zum Landwirtschaftsgesetz, Bonn 1957; Dieter Gessner, Marktregulierende Agrarpolitik in Deutschland 1924/25 bis 1967: Entwicklung, Ziele, Alternativen und Handlungsspielräume, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 93 (2006), S. 163 f.

²¹ Vgl. Michael Tracy, Agriculture in Western Europe. Challenge and Response, 1880–1980, London ²1989, S. 229–253; Milward, Rescue, S. 253–255; zu Deutschland Kluge, Jahre, Bd. 1, S. 85–230.

hohen Schutz vor ausländischer Konkurrenz verband. Eine zentrale Rolle bei der staatlichen „Stützung“ spielten die „Grünen Pläne“, welche die Bundesregierung auf der Grundlage des Landwirtschaftsgesetzes jährlich zur Verbesserung der Lage des Sektors vorzulegen hatte. Das machte sich im Agrarhaushalt bemerkbar: Hatte dieser 1951 noch 1,1 Mrd. DM betragen, erhöhte er sich bis 1958 auf stolze 2,4 Mrd. DM, wobei mehr als die Hälfte in den „Grünen Plan“ floss²².

Diese beachtliche Summe reichte jedoch nicht aus, um die strukturellen Defizite der Landwirtschaft zu beheben, die sich nicht zuletzt in einer massiven Abwanderung von Arbeitskräften äußerten. Sie verdeutlicht aber, dass das agrarpolitische Netzwerk auf einen starken, protektionistischen Staat setzte, diesen in landwirtschaftspolitischen Fragen durchdrang und sich zugleich von ihm abhängig machte. Agrarpolitik wurde in dieser Zeit zu einer Sozialpolitik für die Erzeuger: Es ging nicht so sehr um die Landwirtschaft, sondern um deren Produzenten, denen durch staatliche Finanzspritzen der Anschluss an die ökonomische Gesamtentwicklung ermöglicht werden sollte – parallel übrigens zum generellen Ausbau der sozialen Sicherungssysteme²³. Diese Politik vernachlässigte Konsumenten und Steuerzahler, Erzeuger in Drittländern sowie ökologische Argumente. Mehr noch, sie ging sogar an den ökonomischen Bedürfnissen der meisten Landwirte vorbei: Die Hilfen kamen nämlich in erster Linie den großen Produzenten zugute, die vom DBV gebetsmühlenhaft wiederholte Formel von der Krise der Landwirtschaft führte in die Irre. Denn innerhalb des Sektors gab es enorme Disparitäten und Ungleichzeitigkeiten; die Einkommensunterschiede innerhalb der Landwirtschaft waren größer als zwischen Industrie und Landwirtschaft. *Die Lage der deutschen Landwirtschaft* – das gab es eigentlich nicht. Der DBV setzte in der Öffentlichkeit die verfälschende Deutung durch, alle Bauern stünden vor denselben Problemen. Unter diesem Deckmantel konnte er für Positionen eintreten, von denen vor allem Großerzeuger profitierten, die zugleich in der Verbandsspitze deutlich überrepräsentiert waren²⁴.

Das symbiotische Verhältnis zwischen Verband und Regierung wurde allerdings bereits früh durch Pläne einer europäischen Integration herausgefordert. Bereits den ersten Anlauf zur Herstellung eines gemeinsamen Agrarmarktes, das *Pool Vert*-Projekt der frühen 1950er Jahre, lehnte der DBV deswegen ab. Seine Haltung konnte er nicht zuletzt deshalb besonders wirkungsmächtig vorbringen, da Adenauer ein entscheidender Fehler unterlief: Er überließ die Führung der deut-

²² BA Koblenz, B 126/51759, Bundesfinanzministerium, Aufstellung, undat. [1967].

²³ Vgl. Michael Ruck/Marcel Boldorf (Hrsg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 4: 1957–1966: Bundesrepublik Deutschland: Sozialpolitik im Zeichen des erreichten Wohlstandes, Baden-Baden 2007; Hans Günter Hockerts, *West und Ost – Vergleich der Sozialpolitik in den beiden deutschen Staaten*, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 55 (2009), S. 41–56.

²⁴ Vgl. Kiran Klaus Patel, *Europäisierung wider Willen. Die Bundesrepublik Deutschland in der Agrarintegration der EWG, 1955–1973*, München 2009, S. 137–139; Elmar Rieger, *Das Bauernopfer. Das Elend der europäischen Agrarpolitik*, Frankfurt a. M. 1995; als Reaktion des DBV auf entsprechende Vorwürfe vgl. z. B. R. Schnieders, *Vernachlässigt der DBV die Kleinbetriebe?*, in: *Deutsche Bauern-Korrespondenz*, 30. 11. 1963.

schen Delegation bei den internationalen Verhandlungen Hermes, den er seit Jahrzehnten kannte. Aufgrund seiner internationalen Erfahrungen und seiner Reputation schien dies eine gute Wahl zu sein. Allerdings fanden es die Partner doch recht befremdlich, dass sich die Bundesrepublik ausgerechnet durch den DBV-Vorsitzenden vertreten ließ. Außerdem hielt Hermes sich nicht an das Mandat, das ihn auf einen prointegrationistischen Kurs verpflichtete. Vielmehr suchte er den Kontakt zu seinen belgischen und französischen Verbandskollegen, die den *Pool Vert* ebenfalls ablehnten. So ergab sich eine transnationale Kooperation von Agrarverbänden – jedoch *gegen* das Ziel eines Agrareuropas²⁵.

Der DBV verschärfte seinen Kurs noch, als die EWG-Staaten in den späten 1950er Jahren auf der Grundlage der Römischen Verträge über die Schaffung einer gemeinsamen Landwirtschaftspolitik verhandelten. Er lehnte die Brüsseler Vorschläge weitestgehend ab; besonders die Idee eines gemeinsamen Getreidepreises wurde für ihn zu einem roten Tuch, wäre dies doch für Deutschland auf eine Absenkung des bisherigen Niveaus hinausgelaufen. Vier lange Jahre wider setzte sich die Bundesregierung diesem Konzept und räumte so dem DBV eine fast uneingeschränkte Vetoposition ein. Die enorme Durchsetzungskraft des DBV auf deutscher Ebene zog also gravierende Wirkungen in der EWG nach sich²⁶.

Dabei vertrat der Verband erneut primär die Interessen eines kleinen Segments der deutschen Landwirte, das aber in der DBV-Spitze stark vertreten war – die großen Getreideerzeuger. Kleine Betriebe und die Veredlungswirtschaft hätten viel mehr von einer Strukturpolitik als von einer Hochpreispolitik profitiert. Solche Ideen waren in den Brüsseler Vorschlägen auch angelegt. Sie gingen jedoch in den internationalen Verhandlungen nicht zuletzt durch die Polemik des DBV unter, der sich ganz auf die Getreidepreis-Frage eingeschossen hatte²⁷.

Der Verband vertrat seine Positionen in dieser Phase mit einem Gestus des Unbedingten. Unablässig betonte er die existentielle Krise der Landwirtschaft, immer wieder drohte er der Union mit „Liebesentzug“. Demonstrationen und andere öffentliche Aktionen jagten einander, um die Bundesregierung auf den eigenen Kurs einzuschwören. Über der Debatte schwebte das Damoklesschwert eines neuen 1933. Der Agrarradikalismus der zwanziger und frühen dreißiger Jahre war eine wesentliche Wurzel für den Aufstieg der Nationalsozialisten gewesen. Die Landwirte schürten geschickt diese Ängste, in dem sie auf Symbole von damals zurückgriffen, etwa auf schwarze Fahnen, häufig mit einem silbernen Pflug und einem roten Schwert bestickt. Damit bezogen sich die Demonstranten auf

²⁵ Vgl. Guido Thieme, Vom „Pool Vert“ zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft: Europäische Integration, Kalter Krieg und die Anfänge der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik 1950–1957, München 1999, S. 31–126.

²⁶ Vgl. N. Piers Ludlow, The Making of the CAP. Towards an Analysis of the EU's First Major Policy, in: Contemporary European History 14 (2005), S. 347–371; zum Getreidepreis vgl. Paul Ackermann, Der deutsche Bauernverband im politischen Kräftespiel der Bundesrepublik. Die Einflussnahme des DBV auf die Entscheidung über den europäischen Getreidepreis, Tübingen 1970, v. a. S. 15–95; diese Kritik des DBV an der EWG wird ausgeblendet von Gerhard, Systemkonformität, S. 135 f.

²⁷ Vgl. insgesamt dazu Patel, Europäisierung, v. a. S. 113–288.

eine in den 1920er Jahren erfundene Tradition, die an den Bauernkrieg des 16. Jahrhunderts erinnern sollte. Insgesamt handelte es sich um ein nuancenreiches Spiel mit der Drohung, die Geschichte könne sich wiederholen, wobei die Bauern die Drohung allerdings wohl dosiert einsetzten. Völkisch-nationalistisches Vokabular blieb erstaunlich randständig; man muss schon tief in Nachlässe und ähnliche Überlieferungen steigen, um fündig zu werden. So nutzten etwa manche niedersächsische Agraraktivisten noch jene „altdeutschen“ Monatsnamen, die im Reichsnährstand so beliebt gewesen waren.

Dass völkisches Denken ein Randphänomen blieb, muss eigentlich erstaunen. Denn gerade im niedersächsischen Landesverband gab es viele Reichsnährstandsveteranen. Der Leiter des Pressereferats des Niedersächsischen Landvolkes, Günther Pacyna, hatte es beispielsweise im „Dritten Reich“ zum Abteilungsleiter im Pressebereich des RNS gebracht. Dennoch: Was man in den Dithmarschen oder der Krummhörn vielleicht noch im kleinen Kreis sagen konnte, wanderte in den ersten 20 Nachkriegsjahren im öffentlichen Diskurs in den Bereich des Unausprechbaren ab²⁸.

Warum? Sicherlich dämpfte die konzessionsbereite Haltung der Bundesregierung den Protest der Landwirte. Zwei weitere Faktoren kamen aber hinzu. Zum einen blieb das Protest- und Radikalisierungspotential regional begrenzt und konzentrierte sich auf Norddeutschland mit seinen überdurchschnittlich großen Höfen²⁹. Offensichtlich neigten diejenigen, die viel zu verlieren hatten, eher zur Unnachgiebigkeit als die Besitzer marginaler und submarginaler Betriebe, die über jede staatliche Hilfe froh waren. Angesichts solcher Divergenzen hätte jede wirklich radikale Aktion interne Gräben in der Landwirtschaft aufgerissen. Insofern wirkte die Monopolstellung, die der DBV im Gegensatz zu seinen Vorläuferorganisationen bis 1933 hatte, mäßigend.

Zum anderen zeitigte die wechselseitige Durchdringung von DBV und Union Wirkung. Denn während der Verband das Regierungshandeln beeinflussen konnte, nahm der politische Spielraum des DBV im Verbund mit der Union ab – was half, ihn in demokratisch-konservativem Fahrwasser zu halten. Wie die Präsidiumssitzungen des Verbandes verdeutlichen, trugen besonders Verbandsvertreter mit hohen Ämtern in der Union immer wieder zur Mäßigung bei. 1963 etwa, als ein radikaler Flügel den Verband kurzzeitig herausforderte, standen Männer wie Bernhard Bauknecht, Detlef Struve und Otto von Feury besonders in der Kritik. Alle drei saßen für die Union im Bundestag und führten zugleich jeweils einen Landesbauernverband an. Gemeinsam mit Rehwinkel gelang es ihnen, extreme

²⁸ NLA, VVP 38/49, Schulze-Lohne an Rehwinkel, 22.11. („Nebelmond“) 1964; ebenda, VVP 38/346, Benecke an Kaczynski, 20.11.1960; vgl. „Organisation und Wirken des Landvolkverbandes“, in: Landvolk vom 16.2.1954. Selbst eine Stichproben-Analyse des „Bauernblatt für Schleswig-Holstein“ ergab keine größeren Hinweise auf völkisches Gedankengut. Zu Pacyna und Kontext: NLA, VVP 38/177; Ludger Elsbroek, Vom Junglandbund zur Landjugend. Ländliche Jugendverbandsarbeit zwischen Berufsstand und Jugendkultur, Frankfurt a.M. 1996, S.163–189 u. S.269.

²⁹ Vgl. Patel, Europäisierung, S.137–141.

Positionen zu marginalisieren³⁰. Der Aufbau des Verbandes verstärkte diesen Effekt: Sein hierarchisches Delegiertenprinzip führte dazu, dass Konflikte zumeist auf die Lokalebene begrenzt blieben und überhaupt nur selten auf die Ebene des Gesamtverbandes gelangten³¹.

Insgesamt setzte der Deutsche Bauernverband in der Ära Rehwinkel auf ein polemisches, schroffes und teilweise derbes Auftreten. Zwar nahm der Verband stilistische Anleihen bei jenem modernen Agrarpopulismus, den man in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert findet und der in der Zwischenkriegszeit den Weg in die Katastrophe geebnet hatte. Damit mobilisierte und integrierte der DBV weite Teile seiner Basis. Zugleich darf man die Grenzen der Radikalisierung und der Kontinuitäten nicht übersehen. In den ersten zwei Nachkriegsjahrzehnten kam es kaum zu gewalttätigen Ausschreitungen. Antisemitismus spielte keine große Rolle. Rechts- oder linksradikale Kräfte versuchten vergeblich, aufgebrachte Bauern zu mobilisieren. Und nicht einmal Gewalt gegen öffentliche Einrichtungen, in den Weimarer Jahren an der Tagesordnung, wurde wiederbelebt. Im Vordergrund standen vielmehr polternde Drohungen mit vagen Formeln³².

Die Strategie des DBV war exakt so dosiert, dass die eigene Stellung gestärkt wurde. Wenngleich die Presse gelegentlich verbandsinternen Streit groß zu reden versuchte³³, blieb die Haltung des Verbandes im Innern und nach Außen erstaunlich konstant. Er bediente sich einer aggressiv-nationalen Rhetorik, die sich jedoch nicht zu offen extremistischen, undemokratischen Positionen steigerte. Offensichtlich hatten sich die Grenzen des Sagbaren – zumindest wenn es durchsetzbar sein sollte – gegenüber der Zwischenkriegszeit deutlich verschoben, und der DBV war für den Agrarbereich jene Kraft, die diese neuen Sprach- und Handlungskonventionen zementierte. Auch dass die protestierenden Bauern den Rubikon der Gewalt nicht überschritten, ist nicht zuletzt auf den DBV zurückzuführen, weil sein enormer organisatorischer und lebensweltlicher Einfluss das Protestpotential der Landwirte kanalisierte und einhegte. Gerade mit Blick auf den Extremismus der Zwischenkriegszeit erweist sich der Deutsche Bauernverband in der Nachkriegszeit als ein bislang unterschätzter und zu wenig gewürdigter Faktor, der zur gesellschaftlichen Stabilisierung und Bejahung der Demokratie – allerdings unter autoritär-konservativen Vorzeichen – wesentlich beitrug³⁴.

Diese These erhärtet sich im europäischen Vergleich. Natürlich kam es während der *trente glorieuses* in keinem Land zu einer ähnlichen Radikalisierung wie

³⁰ BA Koblenz, B 428/88, Niederschriften Präsidiumssitzungen des DBV v. 7.5.1963 und v. 18.10.1963; zur Haltung Rehwinkels NLA, VVP 38/49.

³¹ Vgl. Sontowski, Bauernverband, S. 86–88.

³² Gelegentlich sandte Rehwinkel entsprechende „Lesehilfen“ seiner Aussagen an die Regierung, in denen er seinen derben Stil mit „verbandspolitischen Gründen“ rechtfertigte, in: BA Koblenz, B 136/8633, Bundeskanzleramt, Praß an Erhard, 16. 7. 1964.

³³ Vgl. z. B. „Herrn von Feurys Geschäfte“, in: Spiegel vom 13. 11. 1957.

³⁴ Vgl. dagegen z. B. Gesine Gerhard, Das Ende der deutschen Bauernfrage – Ländliche Gesellschaft im Umbruch, in: Daniela Münkler (Hrsg.), Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn, Göttingen 2000, S. 124–142.

30 oder 40 Jahre zuvor. Gewalt gegen Sachen und mit Einschränkungen auch gegen Personen findet man jedoch zum Beispiel in Italien, Frankreich und Belgien weiterhin als Mittel des politischen Protests. Im Vergleich dazu waren die deutschen Landwirte ungemein ziviler.

Die europäische Rettung des DBV: 1965–1990

1965 stand der Bauernverband vor einem Scherbenhaufen: In der für ihn zentralen Frage des Getreidepreises hatte die Bundesregierung auf europäischer Ebene nach zähem Widerstand Ende 1964 dem übergroßen Druck der EWG-Partner nachgeben müssen, die unter dem Vorzeichen supranationaler Integration auf einer Preisangleichung bestanden. Für den DBV kam dies der größten Niederlage in seiner bisherigen Geschichte gleich. Als Kompensation dafür bewilligte die Bundesregierung zwar über mehrere Jahre Ausgleichszahlungen in Höhe von 1,1 Mrd. DM, doch bereits nach zwei Jahren brach das Kabinett Erhard angesichts einer kleineren ökonomischen Krise sein Wort. Die Regierung löste bindende Zusagen auf und fuhr den Agrarhaushalt deutlich zurück. 1967 wurde er um 550 Millionen DM im Vergleich zum Vorjahr gekürzt; geplant war, dass der Anteil des Landwirtschaftsetats am Gesamthaushalt von 1965 bis 1971 von 7,6 auf 4,8 Prozent fallen sollte. Für die nationale Agrarpolitik würden 1971 somit nur noch 1,2 Mrd. DM zu Verfügung stehen, während es 1965 noch stolze 2,7 Mrd. DM gewesen waren. Ex post wurde damit noch deutlicher, welche Sonderstellung die Landwirtschaft in der Ära Adenauer genossen hatte – ein Eindruck, der sich unter der Großen und später der Sozialliberalen Koalition noch verstärken sollte.³⁵ Das agrarpolitische Netzwerk selbst stand allerdings kaum weniger geschlossen da als in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Dass es den Kurs der Regierung nicht mehr so stark prägen konnte, lag am Rückgang des primären Sektors und seiner parlamentarischen Vertretung, an ökonomischen Problemen und veränderten Präferenzen der Regierung (nota bene bereits bevor die konsumentenfreundliche SPD an der Regierung beteiligt wurde) sowie schließlich an einem neuen Klima in der Gesellschaft, in dem Modernisierungs- und Machbarkeits Hoffnungen die konservativ angehauchte Agrarromantik sukzessive verdrängte.

„Rettung“ – genauer gesagt, eine zumindest partielle Kompensation für diese Einbußen – kam für den DBV und seine Klientel von überraschender Seite: Während das agrarpolitische Netzwerk bisher die meisten konkreten Vorschläge der EWG abgelehnt hatte, musste man nun feststellen, dass „Brüssel“ mit seiner entstehenden Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) viele Vorteile mit sich brachte, was angesichts der erodierenden Unterstützung in Bonn umso stärker ins Auge fiel. Die EWG-Milchmarktordnung von 1966 bietet dafür ein gutes Beispiel. In diesem Fall verfügte die Mehrheit der anderen Mitgliedsstaaten über einen höheren Preis

³⁵ Vgl. Der Zwölfte Grüne Bericht, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 22. 2. 1967; BA Koblenz, B 136/3562, BML, IVA1 an Chefkanzleramt, 11. 12. 1967; ferner Patel, Europäisierung, S. 361–365.

als Deutschland, und im Ergebnis einigte man sich tatsächlich auf ein Niveau, das einen Pfennig über dem deutschen Milchpreis lag³⁶.

Generell gilt, dass Brüssel immer bedeutsamer wurde. Viele Instrumente, mit denen die Bundesregierung bislang der Landwirtschaft geholfen hatte, kamen nun im EWG-Markt zum Einsatz. Maßnahmen zum Außenschutz und Interventionen zur Steuerung der Preise und des Absatzes der wichtigsten Agrarprodukte wurden bis 1968, als der gemeinsame Agrarmarkt vollendet war, auf EWG-Ebene ergriffen. Durch Beschlüsse wie den zum gemeinsamen Milchpreis explodierte zudem der europäische Agrarhaushalt; in den 1970er Jahren belief er sich phasenweise auf über 80 Prozent des Gesamtbudgets der EWG. Zwischen 1969 und 1973 verdoppelten sich die Kosten und summierten sich dann auf mehr als vier Milliarden Rechnungseinheiten (RE); 1962 hingegen waren es noch 38 Millionen RE gewesen³⁷. Natürlich gingen diese Riesensummen nicht ausschließlich oder primär an deutsche Landwirte, sie halfen aber die Ausfälle auf nationaler Ebene zu kompensieren. Das Geld aus Brüssel wurde nach markt- und nicht nach strukturellen Kriterien vergeben, weshalb wiederum die Großerzeuger am meisten profitierten. Da aber alle Erzeuger ein Interesse an hohen Preisen hatten, ließ sich diese Unwucht relativ gut kaschieren. Und, wichtiger noch: Die Ergebnisse von Brüssel waren institutionell gesicherter als die Versprechungen von Bonn. Denn in der EWG entschieden im Wesentlichen die Agrarminister der Mitgliedsstaaten, und spätestens seit den späten 1960er Jahren bildete sich unter diesen ein Konsens heraus, dass sie ihrer Klientel keine weiteren Belastungen zumuten konnten. Diese zunehmend transnational vernetzte „Grüne Front“ in Brüssel erstritt zwar gegen den Widerstand anderer Ressorts keine grundlegenden Verbesserungen, sie sorgte aber dafür, dass der stets weiter wachsende Agrarhaushalt der Gemeinschaft nicht beschnitten wurde. Auch Reformpläne der Europäischen Kommission, vor allem den berühmt-berüchtigten Mansholt-Plan von 1968, wusste man hier zu torpedieren³⁸.

Während das agrarpolitische Netzwerk auf EWG-Ebene wesentlich dazu beitrug, eine strukturelle Neuausrichtung der GAP zu verhindern, machte der DBV auf nationaler Ebene in dieser Frage in den frühen 1970er Jahren erste Zugeständnisse. War der Strukturwandel bisher zur Tabuzone erklärt worden, forderte man nun nicht mehr eine unbedingte Bestandsgarantie für alle Betriebe. Der DBV

³⁶ Vgl. zu den Verhandlungen, auf deutscher wie auch auf EWG-Ebene, BA Koblenz, B 136/8319; ferner Historisches Archiv der Europäischen Union, Florenz, BAC 13/1969–5, Rehwinkel an Mansholt, 31. 8. 1965.

³⁷ Vgl. Hans Eberhard Buchholz, Agrarmarkt: EWG-Marktordnungen, in: Willi Albers u. a. (Hrsg.), Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Stuttgart 1976, Bd. 1, S. 87–106. Aufgrund von Paritätsänderungen ist die Angabe in RE präziser als die in DM. Im Bretton-Woods-System entsprach die RE genau dem US-Dollar: 1 Unze Gold = \$ 1 = 1 RE.

³⁸ Insgesamt zur Geschichte der GAP vgl. jetzt Kiran Klaus Patel (Hrsg.), Fertile Ground for Europe? The History of European Union and the Common Agricultural Policy since 1945, Baden-Baden 2009; ferner klassisch Fritz W. Scharpf, Die Politikverflechtungs-Falle. Europäische Integration und deutscher Föderalismus im Vergleich, in: Politische Vierteljahresschrift 26 (1985), S. 323–356.

konzedierte jetzt, dass Agrarpolitik auch zum Ziel haben sollte, den Schrumpfungprozess der Landwirtschaft sozialpolitisch abzufedern und wirtschaftlich zu kompensieren. Der Verband folgte somit einer Doppelstrategie: preiszentrierte Forderungen in Brüssel und eine vorsichtige Annäherung an die Strukturpolitik in Bonn. Da landwirtschaftspolitisch jedoch die Musik immer mehr in Brüssel spielte, privilegierte dieser Kurs letztlich weiterhin die Großherzeuger³⁹.

Die Kurskorrektur des DBV war angesichts der enormen Transformationen des Sektors unvermeidlich. Zwischen 1957/58 und 1973 sank die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten von 4,8 Millionen auf 2,7 Millionen; seit 1949 hatte ein Drittel der Betriebe aufgeben müssen. Viele Höfe arbeiteten hart am Rande des Existenzminimums⁴⁰. An der Basis riefen viele Bauern zu radikalem Widerstand auf deutscher wie auf europäischer Ebene auf. Im DBV überwogen jedoch die gemäßigten Positionen. Wilfried Hasselmann etwa, Chef des Bundes der Deutschen Landjugend und zugleich niedersächsischer Landwirtschaftsminister, betonte auf einer DBV-Präsidiumssitzung im August 1966, dass „allein konstruktive Vorschläge“ in Bezug auf die in Bonn geplanten Kürzungen weiterhelfen würden⁴¹. Am Beispiel Hasselmanns zeigt sich im Übrigen, wie sehr der DBV auf CDU-Positionen festgelegt war. Das Präsidiumsmitglied war ein Neffe des DBV-Präsidenten, und damit „rehwinkel [sic!] etwas eingebunden“ sei, hatte die Union Hasselmann seit Anfang der 1960er Jahre gezielt eine Karriere auf Landesebene ermöglicht. Diese Investition zahlte sich nun aus, und ganz allgemein traten auch in dieser Phase vor allem die CDU-Mandatsträger im Bauernverband für eine gemäßigte Linie ein⁴². Sicherlich, Rehwinkel selbst spielte gelegentlich mit dem Feuer, etwa wenn er sich 1967 mit NPD-Politikern traf. Was der Präsident sich davon versprach, lässt sich nicht eindeutig klären. Wahrscheinlich ist jedoch, dass es ihm eher um einen gezielten Nadelstich gegen die Union als um eine wirkliche Neuausrichtung des Verbandes ging. Außerdem lehnten, wie die Akten zeigen, mehrere wichtige Landesverbandspräsidenten jede Annäherung an die NPD ab; keiner sprach sich dafür aus. Der Spuk war denn auch schnell vorüber⁴³.

³⁹ Vgl. Sontowski, Bauernverband, S. 67–73; Heinze, Verbandspolitik, S. 89–98; zur ebenfalls eher passiven agrarsozialpolitischen Rolle des DBV vgl. Peter Mehl, Reformansätze und Reformwiderstände in der Agrarsozialpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1997, v. a. S. 265–270.

⁴⁰ Vgl. BML, Jahrbuch 1975, S. 48; Grüner Bericht 1975, S. 13 (wie Anm. 6).

⁴¹ BA Koblenz, B 428/192, Niederschrift Präsidiumssitzung des DBV v. 30.8.1966; vgl. aus späterer Zeit etwa ebenda, B 428/127, Niederschrift Präsidentenbesprechung des DBV v. 16.1.1968.

⁴² ACDP, 01–248/14, Münster an Fricke, 26.2.1963; ebenda, 01–369/01/3, Fratzscher an Ehlers/Fricke, 5.5.1954; vgl. allgemein Frank Bösch, Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969, Stuttgart 2001, S. 291 f.; Einblicke in die Nähe zwischen CSU und DBV gibt der Nachlass des zeitweisen Bundesagrarministers Höcherl, in: Archiv für Christlich-Soziale Politik, München, Nachlass Hermann Höcherl/19, 39.

⁴³ BA Koblenz, B 428/192, Niederschrift Präsidiumssitzung des DBV v. 4.4.1967, und B 428/188, Niederschrift Präsidiumssitzung des DBV v. 29.11.1967; vgl. auch Patel, Europäisierung, S. 365–369; zu Heereman, der bereits in den 1950er Jahren der CDU beigetreten war, vgl. Kluge, Jahre, Bd. 2, S. 221 f.

Zugleich schliff sich der Gestus des Unbedingten in den 1970er Jahren ab. Statt schwarzer Fahnen griff der DBV nun zu zeitgemäßen PR-Instrumenten mit Happening-Charakter, und Rehwinkels Nachfolger, Constantin Freiherr von Heereman (Präsident 1969–1997), lernte eigens Französisch, um in Brüssel mitparlieren zu können⁴⁴. Wenngleich sich agrarromantische Ideen bis heute finden, passten die Agrarier ihre Legitimationsstrategien den neuen Zeiten an. Anstatt auf der kulturellen Bedeutung bäuerlicher Familienbetriebe zu insistieren, betonte man die Produktivitätszuwächse agrarischer Unternehmer. Phasenweise – in den frühen 1970er Jahren und verstärkt ab den späten 1980er Jahren – strich der Verband den Beitrag des primären Sektors zur Landschaftspflege heraus, was in der aufkommenden Umweltdebatte gut ankam, aber auch den Massentourismus fördern sollte⁴⁵.

Der DBV hielt sich insgesamt an die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie. Selbst im stürmischen Klima der späten 1960er und der 1970er Jahre setzte er auf „Disziplin“, „Ordnung“, Respektabilität und eine staatstragende Rolle, nicht auf rechtswidrigen Protest oder Gewalt. Damit unterschied er sich nicht nur von seinen Vorläufern und den Partnerorganisationen in Frankreich, Italien oder Belgien, sondern auch von der APO und den neuen sozialen Bewegungen. Mehr als viele 68er war der Bauernverband damit im Westen angekommen. Gedankt wurde es ihm jedoch kaum.

Auch auf EWG-Ebene erwies sich der DBV als erstaunlich erfolgreich – wenn man als Kriterium dafür die Wahrung seiner Interessen ansetzt. Bereits in der Entstehungsdekade des gemeinsamen Agrarmarktes bis 1968 hatte er sich deutlich schneller auf das Brüsseler Machtzentrum eingelassen als die Bundesregierung. Rasch durchschaute er das sich herausbildende Mehrebenen-System, in dem bis 1967 in Agrarfragen das Einstimmigkeitsprinzip bei wichtigen Entscheidungen herrschte. Es reichte in dieser Phase oft aus, wenn der DBV die Haltung der Bundesregierung prägte, um unliebsame Entscheidungen zu verhindern. Der Verband war allerdings auch direkt in Brüssel präsent: Die Europäische Kommission hatte 1958 auf einen Zusammenschluss der Landwirtschaftsorganisationen der sechs Mitgliedsstaaten gedrängt, um sie durch Transnationalisierung zu bändigen. Dem DBV gelang es aufgrund seiner Größe, Schlagkraft und der Cleverness seiner Führung bereits in den 1960er Jahren mehrmals, das so entstandene COPA (Comité des organisations professionnelles agricoles) zum Sprachrohr eigener Interessen zu machen⁴⁶. Im Lauf der Zeit traten solche Strategien gegenüber einer ernsthaften transnationalen Kooperation der Lobbygruppen im Rahmen von COPA und anderen Einrichtungen zurück. Der DBV passte sich so an die verän-

⁴⁴ Vgl. Patel, Europäisierung, S. 477–479.

⁴⁵ Vgl. z. B. Hellmuth Bücken, Nur Umwelt-Schocker, in: Deutsche Bauern-Korrespondenz vom 20.12.1971; „Leitsätze zur Agrarpolitik“, in: Deutsche Bauern-Korrespondenz vom 15.10.1972; BA Koblenz, B 116/45259, DBV, Vermerk Heereman, 11.6.1975; Heinze, Verbandspolitik, S. 106–118.

⁴⁶ Vgl. zum COPA Burkhardt-Reich/Schumann, Agrarverbände, S. 327–362; zum DBV in diesem Kontext ACDP, 01–128, Entwurf d. Protokolls über 3. Kontaktsitzung zw. Mansholt und COPA, 7.7.1961; ferner Knudsen, Farmers, S. 192f.

dernten Rahmenbedingungen an – nun, da er akzeptiert hatte, dass die Zukunft der Landwirtschaft in der Rettung durch Europa lag.

Abgesehen von einer zunehmenden Transnationalisierung, welche sich nicht zuletzt durch veränderte Entscheidungsmechanismen in der EWG seit den späten 1960er Jahren erklärt, reformierte der DBV auch im Innern seine Handlungsformen und -logiken entsprechend der neuen Zeiten. Durch die GAP wurde Agrarpolitik immer komplexer; neben den Agrarproduzenten gehörte in zunehmendem Maße die Lebensmittelindustrie zu den Gewinnern des Systems. Heereman kooperierte deshalb enger als seine Vorgänger mit anderen Teilen der Wirtschaft⁴⁷. Weil es zugleich immer schwieriger wurde, erfolgreiche Interessenpolitik gegenüber der eigenen Basis nachzuweisen, spielte Symbolpolitik eine zunehmend größere Rolle. 1971 organisierte der Bauernverband eine Großdemonstration in Bonn mit rund 40.000 Teilnehmern – die größte Einzeldemonstration, die die Bundeshauptstadt bis dahin erlebt hatte. Wogegen protestiert wurde, blieb eher unklar, da die Bundesregierung die Haltung des DBV ohnehin unterstützte⁴⁸. Was zählte, war die große Geste. Ganz allgemein wurde Bonn fortan oft geschont, Brüssel hingegen gescholten. Durch dieses Kanalisieren und Moderieren der Basis gelang es dem Bauernverband weiterhin, radikalisierte Tendenzen aufzufangen und zu verhindern, dass neben ihm eine zweite wirkungsmächtige Vertretung der Agrarinteressen in Deutschland entstand⁴⁹. Unverzichtbar wurde der DBV zudem, da er eine Mittlerrolle zwischen nationaler und europäischer Verwaltung und den Erzeugern wahrnahm: Ein hoch interventionistisches und komplexes System wie die GAP brauchte eine derartige Instanz, die den Bauern Hilfe bot, wenn sie mit komplizierten Formularen und langwierigen Prozeduren konfrontiert wurden, und zugleich den Behörden garantierte, dass die Landwirte sich vor Ort an die Regeln hielten⁵⁰.

Parallel dazu setzte sich auf ökonomischer Ebene die Transformation der Landwirtschaft mit rasantem Tempo fort. Immer weniger Landwirte konnten immer mehr Menschen versorgen: 1900 hatte in Deutschland ein Landwirt rund vier Personen ernährt, 1950 waren es zehn, heute sind es rund 150 Menschen. Nicht nur dies muss dem einseitigen Bild von der Krise des Sektors entgegengehalten werden, sondern auch, dass viele Betriebe, vor allem große durchrationalisierte Höfe, durchaus rentabel wirtschafteten⁵¹. Der DBV vertrat weiterhin

⁴⁷ Vgl. Sontowski, Bauernverband, S. 115–128.

⁴⁸ Vgl. z. B. Erich Geiersberger, ARD-Fernsehkomentar, gesendet am 28.2.1971, Schriftfassung in: BA Koblenz, B 136/8635; „Die Bauern demonstrieren am falschen Ort“, in: Frankfurter Rundschau vom 27.2.1971; die Haltung des DBV in: Geschäftsstelle Deutscher Bauernverband, Berlin, unsignierter Bestand, Akte „Mitgliederversammlung“.

⁴⁹ Vgl. zu den wichtigsten Abspaltungsversuchen in dieser Zeit Onno Poppinga, Bauern und Politik, Frankfurt a. M. 1975; Sontowski, Bauernverband, S. 163–173.

⁵⁰ Vgl. Dieter Wolf, Deutscher Bauernverband. Einfluss und Rechtsbefolgung, in: Annette Zimmer/Bernhard Weßels (Hrsg.), Verbände und Demokratie in Deutschland, Opladen 2001, S. 183–208.

⁵¹ Vgl. die vom BML herausgegebenen Broschüre, Landwirtschaft leistet mehr, Berlin 2008, S. 6.

primär die Interessen dieses Segments der Landwirtschaft. Angesichts der exorbitanten Überschüsse und Kosten mehrte sich jedoch die Kritik an der GAP, und obwohl der DBV massiv Druck ausübte, konnte sich die Bundesregierung 1984 einem ersten Schritt zu ihrer Reform nicht verschließen. Fortan gab es die sogenannte Milchquote, so dass die Erzeuger nicht mehr jede beliebige Menge zu garantierten Preisen absetzen konnten. Die Reform wirkte sich besonders zu Ungunsten der Großerzeuger aus. Der Bauernverband protestierte so heftig, dass die Regierung Kohl im Jahr darauf den nächsten Reformschritt torpedierte, und zwar mit einem in der Gemeinschaft ebenso seltenen wie drakonischen Mittel: Durch ein Veto verhinderte sie eine Absenkung des Getreidepreises. Auf europäischer Ebene schadete sich die Bundesregierung damit sehr, weil sie seit Jahrzehnten die Kostenexplosion beklagt hatte, nun aber bremste, wenn etwas dagegen getan werden sollte⁵². Eine ähnlich ambivalente Haltung nahm die Bundesregierung auch in der Folgezeit ein. Kanzler Kohl begründete dies mit der Notwendigkeit, „größeren Schaden von unseren Bauern abzuwenden“⁵³. Der DBV begrüßte dies – und konnte zugleich gegenüber seiner eigenen Basis einen wichtigen Erfolg vermelden.

Sicherlich, der DBV hatte bereits vor 1985 nicht nur hohe Preise gefordert, sondern war als Konzession an die kleineren Erzeuger auch für direkte Beihilfen eingetreten. Am Primat der Preispolitik festzuhalten hatte jedoch den Charme, dass man ein Angebot machen konnte, das allen Landwirten einleuchtete, auch wenn es faktisch eine kleine Gruppe privilegierte. In den 1980er Jahren berichteten der *Spiegel* und andere linksliberale Presseorgane gerne über interne Konflikte im DBV und über Spannungen im Verhältnis zur Union, etwa anlässlich der spektakulären Ausladung von Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle vom Bauerntag 1987⁵⁴. Gesellschaftlich an den Rand gedrängt und ohne erkennbare politische Alternative, wuchs in der Landwirtschaft tatsächlich die Unzufriedenheit. Der Verband orientierte sich aber kaum um, und dass die Ausladung eines Ministers zu den radikalsten Maßnahmen gehörte, verdeutlicht nur ein weiteres Mal, wie moderat der Kurs des DBV letztlich war. Ex post stechen so die Kontinuitäten ins Auge. Zugleich waren manche Erfolge des Verbands nunmehr nur noch symbolischer Natur. Das gilt auch für den scheinbar größten Triumph: das Veto, das die Bundesregierung 1985 auf Drängen des Verbands einlegte. Was auf den ersten Blick – und übrigens bis in die Begründungen – an das enge Bündnis zwischen

⁵² Vgl. Eckart Gaddum, Die deutsche Europapolitik in den 80er Jahren: Interessen, Konflikte und Entscheidungen der Regierung Kohl, Paderborn 1994, S. 93–187; Andreas Wirsching, Abschied vom Provisorium, 1982–1990. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 2006, S. 524–531.

⁵³ Helmut Kohl, Erinnerungen, 1982–1990, München 2005, S. 588, ähnlich auch S. 441–444.

⁵⁴ Vgl. z. B. „Geschenk an die Verbraucher“ (Interview mit Heereman), in: Die Zeit vom 6. 4. 1984; „Kein Bauer mit 'ner Kuh wählt heute noch CDU“, in: Spiegel vom 5. 5. 1986; „Bonner Buhlen um Bauern“, in: Die Zeit vom 14. 3. 1986; zu Kiechle vgl. Sontowski, Bauernverband, S. 135; zur Stimmung Hans Pongratz, Bauern – am Rande der Gesellschaft? Eine theoretische und empirische Analyse zum gesellschaftlichen Bewußtsein von Bauern, in: Soziale Welt 38 (1987), S. 522–544.

DBV und Regierung in der Ära Adenauer erinnerte, hatte wenig Bestand, da Brüssel kurz danach seine Position auf dem kalten Verwaltungsweg durchsetzte⁵⁵.

Agrarpolitik seit 1945: Interessenvertretung und politisches System

In kaum einem Gesellschaftsbereich war der soziale Wandel im 20. Jahrhundert so grundstürzend wie in der ländlich-agrarischen Welt. In der Bundesrepublik gestaltete sich der „Abschied vom Agrarland“ trotzdem gewaltfrei und konsensual und damit ganz anders als nach 1918⁵⁶. Dieser Erfolg war auch ein Erfolg des Deutschen Bauernverbandes – und zwar im doppelten Sinne⁵⁷: Seine schlagkräftige Interessenpolitik begünstigte große und mittelgroße Bauern, nicht mehr Großgrundbesitzer wie in der Weimarer Republik. Allokationseffizient wurden die Mittel zwar nicht vergeben, aber das Prinzip Gießkanne reduzierte das Protestpotential eines besonders radikalierungsanfälligen Teils der Gesellschaft. Wichtiger noch als Geld war, dass der Staat die materielle und gefühlte Notlage der Bauern nun auch symbolisch anerkannte. Die Lobbyarbeit des DBV entschärfte auch auf diese Weise das Potenzial für wirklich radikalen Protest. Der DBV förderte so bewusst die Demokratieakzeptanz seiner Basis; ökonomisch hätte dagegen ein Gutteil seiner Klientel von einem stärker strukturpolitischen Kurs mehr profitiert.

Durch die europäische Einigung wurde Agrarpolitik komplexer, die Verhandlungen waren schwieriger zu steuern, die Ergebnisse schwerer vorherzusehen, der Handlungsspielraum des DBV verringerte sich. Das Europa-Projekt, das der Verband zunächst nach Kräften bekämpft hatte, sicherte ihm aber mittelfristig viele Ressourcen. Der Umbau der Agrarpolitik, den die EWG vorantrieb, entsprach zwar gewiss nicht den Wünschen der Spitzenvertreter des DBV. Dass sich die GAP seit 1984 und mehr noch seit den 1990er Jahren von ihrer Fixierung auf eine Preispolitik entfernte, nutzte allerdings vielen Verbandsmitgliedern ökonomisch mehr als der alte Kurs, den der Verband unterstützt hatte. Da der Verband den Spagat meisterte, in der EWG, auch unter komplexeren Bedingungen, Politik mitzugestalten, gleichzeitig aber Brüssel zu kritisieren, konnte er sich das Vertrauen weiter Teile der Basis sichern. Sicherlich, die Unzufriedenheit wuchs, und es war nur noch eine Frage der Zeit, bis die Monopolstellung des Verbandes erstmals ernsthaft herausgefordert werden würde.

Allerdings: Der Verband organisiert laut eigenen Angaben auch heute noch 90 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland⁵⁸. Noch immer fließen über 40 Prozent des Haushalts der EU in den Agrarsektor, obwohl dieser, anders als Anfang der 1950er Jahre, nicht mehr rund 20 Prozent, sondern nur noch

⁵⁵ Vgl. Wirsching, Abschied, S. 526–528.

⁵⁶ Vgl. Münkler (Hrsg.), Abschied.

⁵⁷ Freilich gab es auch andere Faktoren, vor allem die hervorragende Wirtschaftsentwicklung der Nachkriegsjahrzehnte und den veränderten internationalen Kontext; vgl. dazu Gerhard, Ende, in: Münkler (Hrsg.), Abschied, bzw. Conze, Suche.

⁵⁸ Vgl. www.bauernverband.de/index.php?redid=152874 (zuletzt eingesehen am 10.12.2009).

2 Prozent der Bevölkerung ausmacht⁵⁹. Die Wiedervereinigung 1990 veränderte die Gestalt der deutschen Landwirtschaft grundlegend; trotzdem gelang es dem Verband binnen kurzem, auch zum Sprachrohr der ostdeutschen Betriebe zu werden. Mehrere Reformen – McSharry 1992, die „Agenda 2000“ von 1999 sowie weitere Maßnahmen in den Jahren darauf – haben Ausrichtung und Kosten der GAP deutlich zu reduzieren versucht⁶⁰. Die agrarischen Interessenvertreter sind deshalb aber nicht weniger einflussreich geworden. Ob der zunehmend transnational vernetzte DBV gemessen an der Zahl der Personen, die er vertritt, je an Einfluss verloren hat, ist somit eine offene Frage⁶¹. Dank seiner effizienten „pressure group“ hat die Landwirtschaft am Ende des 20. Jahrhunderts noch immer eine Sonderstellung inne, nun allerdings auf zwei Ebenen – in der Bundesrepublik, die viele Kompetenzen an Brüssel abtreten musste und damit europäischer geworden ist, und in der EU selbst, in der Agrarpolitik auf der Agenda nach wie vor eine zentrale Rolle spielt.

⁵⁹ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 1952 für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1952, S. 84 u. S. 452 f.; Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 2008 für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2008, v. a. S. 330–365.

⁶⁰ Vgl. Ann-Christina L. Knudsen, European Integration in the Image and the Shadow of Agriculture, in: Desmond Dinan (Hrsg.), Origins and Evolution of the European Union, Oxford 2006, S. 211–216.

⁶¹ Vgl. auch Wolf, Bauernverband, in: Zimmer / Weßels (Hrsg.), Verbände.

JAHRBUCH FÜR

HISTORISCHE

KOMMUNISMUSFORSCHUNG

Aus dem Inhalt

Gerhard Wettig: Stalin und die kommunistischen Parteien in Westeuropa 1944–1951

Barbara Stelzl-Marx: Ideologie, Kontrolle, Repression. Als sowjetischer Besatzungssoldat im Westen

Vaios Kalogrias: Die KP Griechenlands und der Bürgerkrieg 1946–1949

Charlotta Brylla: Die schwedische kommunistische Partei und der Eurokommunismus

Gerrit Voerman: Vom Maoismus zur Sozialdemokratie. Über die Anpassungsfähigkeit der Sozialistischen Partei in den Niederlanden

Victor Zaslavsky: Die Finanzierung der Kommunistischen Partei Italiens durch die Sowjetunion

Michael Mayer: »Macherschleichung auf Filzpanzertoffeln«. Die Bundesrepublik, die DDR und die mögliche Regierungsbeteiligung der kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien in den Siebzigerjahren

Heike Amos/Manfred Wilke: Die Deutschlandpolitik der SED und ihre »bürgerlichen Bündnispartner« in der Bundesrepublik 1949–1989

Marcel Bois/Florian Wilde: Ein kleiner Boom. Entwicklungen und Tendenzen der KPD-Forschung seit 1989/90

Alexander Vatlin: Die unvollendete Vergangenheit. Über den Umgang mit der kommunistischen Geschichte im heutigen Russland

Peter Huber: Überlebenschancen in den Chefetagen der Komintern

Helmut Müller-Enbergs: Markus Wolf versus United States of America. Die Amerika-Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit

Im JHK 2010 erscheinen 23 Beiträge sowie **The International Newsletter of Communist Studies** mit Informationen über Forschungs- und Dokumentationsprojekte, thematisch einschlägige Internetressourcen und Rezensionen.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2010

Jahrbuch für
**HISTORISCHE
KOMMUNISMUS-
FORSCHUNG**

Aufbau-Verlag

**Jahrbuch für Historische
Kommunismusforschung
2010**

Herausgegeben von Ulrich Mähler, Bernhard H. Bayerlein, Horst Dähn, Bernd Faulenbach, Ehrhart Neubert, Peter Steinbach, Stefan Troebst, Manfred Wilke im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Enthält / including:
The International Newsletter of Communist Studies XVI (2010), No. 23.

Aufbau-Verlag Berlin,
448 Seiten, 38,00 €

ISSN 0944-629X
ISBN 978-3-351-02690-5

aufbau 
AUFBAU VERLAGSGRUPPE